

**Ergebnisprotokoll
der 3. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 05.11.2015**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 16.00 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Crueger
Frau Schiemann
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Schwarz

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Frau Bernhard in Vertretung für Herrn
Janßen

FDP-Fraktion

Herr Schomaker

II *Verwaltung*

Herr Dr. Sünneemann	Der Senator für Umwelt, Bau und
Frau Zimmermann	Verkehr
Frau Windeler	
Frau Prof. Dr. Reuther	
Herr Polzin	
Frau Urban	
Herr Viering	
Frau Kamp	
Herr Musiol	
Frau Schemmel	
Herr Eickhoff	
Herr Tittmann	
Frau Humrich	
Herr Bürger	
Herr Leferink	
Herr Theilen	
Herr Klugkist	
Herr Koldehofe	
Frau Pieper	ASV
Herr Donaubaauer	BBN

III *Gäste*

Herr Henschen	Gewerbeaufsicht
---------------	-----------------

IV *Gastdeputierte*

Herr Senkal	SPD-Fraktion
Frau Sprehe	SPD-Fraktion
Herr Strohmam	CDU-Fraktion
Herr Scharf	CDU-Fraktion
Herr Buchholz	FDP-Fraktion

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 3. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Zu TOP 6 Finanzierung der Bremer Energie-Konsens (energiekonsens) in 2016 und 2017
Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2015 liegt eine **Neufassung** vor.

Es gibt einen **Nachtrag TOP 10g) Baurechtliche Auslegung "Feuerwehrflächen"**

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

einstimmig

TOP 2	Genehmigung des Protokolls 19/2 vom 10.09.2015	
-------	---	--

Herr Crueger bittet um Korrektur seines Protokollbeitrags zu TOP 9 der Sitzung am 10.9.2015:

Herr Crueger erinnert daran, dass sich der Beirat einen Haltepunkt Marschstraße gewünscht habe. Angesichts der Kosten für einen komplett neuen Haltepunkt ~~habe~~ könne der Beirat ~~man sich~~ aber nun für einen Haltepunkt Hannoversche Straße nachvollziehen ~~entschieden~~. In der Umsetzung sei dabei auf die Barrierefreiheit besonders zu achten.

Das Protokoll der staatlichen Sitzung vom 10.09.2015 wird entsprechend geändert.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

einstimmig

TOP 4	Sitzungstermine der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft für das Jahr 2016 -02-	Vorlage 19/50	L/S
-------	--	------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt den aufgeführten Terminvorschlägen zu.

einstimmig

TOP 5	Jahresbericht 2014 der Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen -2-	Vorlage 19/32
-------	---	------------------

Frau Dr. Schaefer möchte wissen, ob das Gewerbeaufsichtsamt personell so ausgestattet sei, dass in Fällen wie z.B. beim Abfallzwischenlager Hemelingen adäquate Kontrollen durchgeführt werden können.

Herr Henschen erklärt, dass es keine Personalaufstockungen geben werde. Das Gewerbeaufsichtsamt unterliege wie andere Ämter auch der Sparquote und müsse mit dem zurückgehenden Personal seine Aufgaben erledigen. Seit kurzem komme die regelmäßige Überwachung der IE- Anlagen dazu. Daher habe das Gewerbeaufsichtsamt eine neue Prioritätensetzung im Bereich Immissionsschutz vorgenommen. Vorrang haben Genehmigungen, Änderungsanzeigen und eben die Überwachung der IE- Anlagen. Neben den Kontrollen nach Überwachungsplan gehe man auch anlassbezogen, z.B. bei Beschwerden, in die Betriebe und Anlagen, wie im angesprochenen Fall in Hemelingen.

Frau Bernhard spricht die Ergebnisse der durchgeführten Systemkontrollen an und bittet um eine Einschätzung dazu. Weiter fragt sie, wie mit dem Thema der psychischen Belastungen umgegangen werde. Hierzu sei ein runder Tisch eingerichtet. Sie möchte wissen, wer daran teilnehme und insbesondere, ob die Gewerkschaften beteiligt seien.

Herr Henschen erläutert, dass der Runde Tisch von der Senatorin für Gesundheit organisiert werde und er daher die Frage nach der Zusammensetzung nicht genau beantworten könne. Er gehe davon aus, dass die Gewerkschaften auch beteiligt seien. Auf jeden Fall nehmen die Arbeitnehmerkammer, die Handwerkskammer, die Handelskammer teil. Dass sich die Zahlen bei den Systemkontrollen verschlechtert hätten, sei ein positives Zeichen. Die Kontrollen erfolgten risikoorientiert, das Gewerbeaufsichtsamt kontrolliere die Betriebe, bei denen davon auszugehen sei, dass der Arbeitsschutz nicht funktioniere. Insofern werde nicht der Arbeitsschutz in Bremen schlechter, sondern das Gewerbeaufsichtsamt arbeite besser. Die Unternehmen seien verpflichtet, Gefährdungsbeurteilungen zu erstellen und dabei das Thema psychische Belastungen mit zu behandeln. Die MitarbeiterInnen der Gewerbeaufsicht würden dazu umfangreich geschult. Im Rahmen der gemeinsamen deutschen Arbeitsschutzstrategie werde gezielt hinsichtlich der psychischen Belastungen in die Betriebe gegangen. Im übernächsten Jahresbericht 2016 könne sicher umfassend über dieses Thema berichtet werden.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Jahresbericht 2014 der Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis.

TOP 6	Finanzierung der Bremer Energie-Konsens (energiekonsens) in 2016 und 2017 Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2015 -2-	Vorlage 19/49
-------	--	------------------

Herr Pohlmann verweist auf die ausliegende Neufassung zur Vorlage.

Herr Crueger begrüßt, dass in der Neufassung deutlich herausgestellt werde, dass energiekonsens es in den letzten Jahren vorbildlich geschafft habe, sich zu transformieren und sich auf drei Schwerpunkte auszurichten. Die Finanzierung in den kommenden Jahren müsse über das reguläre Haushaltsverfahren erfolgen.

Frau Bernhard möchte wissen, weshalb die Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Jahr 2017 in der Neufassung fehle und die Beschlussfassung vorbehaltlich der Senatsbefassung erfolge. Wenn EWE und swb sich nicht mehr an der Finanzierung beteiligten, müssten deren Anteile an Bremen gehen.

Herr Schomaker schließt sich diesen Fragen an. Seine Fraktion habe noch Gesprächsbedarf und werde sich daher zu dieser Vorlage enthalten. Die Zuschüsse würden fast halbiert, wenn das in erster Linie durch den Abbau von Personal geregelt werden solle, sehe er rein rechnerisch Probleme. Darüber müsse man noch sprechen. Trotzdem halte er die Einrichtung für wichtig und gut.

Frau Dr. Schaefer teilt die Auffassung, dass energiekonsens eine sehr wichtige Einrichtung für Bremen sei, insbesondere für die Beratung zu den Themen Energieeffizienz und Klimaschutz. Hier ist die Profilschärfung hin zur Beratung von kleineren und mittleren Unternehmen zu begrüßen. Der Rückzug von EWE und swb sei ein großer Einschnitt für die energiekonsens. In der Vorlage werde die VE nur für 2016 beschlossen. Es sei aber wichtig, das einzuhalten, wozu Bremen sich bereits bekannt habe, nämlich auch in den Folgejahren eine Million zu finanzieren. Für die energiekonsens bedeute dies aber in der Tat, dass sich der Finanzrahmen halbiert habe und es Einschnitte gebe. Wenn man die Klimaschutzziele ernst nehme, brauche man beratende Institutionen wie die energiekonsens. Ziel sei deshalb, diese eine Million zur Finanzierung der energiekonsens auch langfristig sicher zu stellen.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass der Aufsichtsrat, dem er selbst bisher vorsitze, vor drei Jahren das Portfolio der energiekonsens kritisch betrachtet und angeregt habe, dass sich die energiekonsens auf die drei in der Vorlage genannten Felder fokussiere.

Es sei ein maßvoller Personalabbau angedacht, es gehe in erster Linie um projektgebundenes Personal, dessen Verträge auslaufen werden.

Das Haushaltsjahr 2017 musste aus haushaltstechnischen Gründen herausgenommen werden. Wenn der Doppelhaushalt 2016/2017 beschlossen sei, dann könne auch erst über eine weitere VE beraten werden. Er sei froh, dass von verschiedenen Seiten betont werde, dass die energiekonsens auch in Zukunft in dem Umfang, der ja auch im Koalitionsvertrag niedergelegt sei, unterstützt werden solle. Der Senat müsse darüber beschließen, was in den Nachtragshaushalt hineinkomme. Insofern stehe die Vorlage rein formal unter dem Senatsvorbehalt. Es sei aber nicht zu erwarten, dass der Senat anderes beschließe. Dass die EWE und swb sich perspektivisch aus der Finanzierung zurückziehen würden, war seit längerem bekannt. Deswegen habe man mit der energiekonsens diesen Transformationsprozess durchlaufen. Der verbleibende Grundfinanzierungsanteil sei aber auch nicht zu vernachlässigen und durch die Grundfokussierung sei die energiekonsens in der Lage, erfolgreich Drittmittel zu akquirieren. Die Frage der Gesellschafteranteile werde zukünftig diskutiert werden müssen.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass er zu Beginn der neuen Legislatur ein weiteres Aufsichtsratsmandat bei der BSAG übernommen habe, weshalb er ein anderes Mandat abgeben müsse. Herr Staatsrat Ronny Meyer verfüge über eine ausgewiesene Expertise und Erfahrung im Bereich erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Klimaschutz, aber auch über die Erfahrung der Steuerung einer Institution. Herr Staatsrat Meyer werde ihm daher im Aufsichtsrat der energiekonsens nachfolgen.

Herr Crueger weist darauf hin, dass die energiekonsens an die Landesgrenzen gebunden sei und daher vor dem Hintergrund der Zugehörigkeit Bremens zur Metropolregion Schwierigkeiten habe, weil die Unternehmen ihre Niederlassungen nicht nur im Land Bremen, sondern auch in Niedersachsen hätten. Diesem Thema müsse sich die Politik im Zuge der Kooperation mit Niedersachsen annehmen.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Vorlage zu und nimmt die anliegende Senatsvorlage zur Kenntnis.*

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr –vorbehaltlich der Senatsbefassung-, die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten, um die Finanzierung und die haushaltsrechtlichen Beschlüsse für einen Zuschuss an die Bremer Energie-Konsens in Höhe von 1 Mio. Euro im Jahr 2016 herbeizuführen und zur haushaltsrechtlichen Absicherung des Zuschussbetrages für das Jahr 2015 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1 Mio. Euro mit einer Abdeckung von 1 Mio. Euro im Jahr 2016 beim Haushalts und Finanzausschuss zu beantragen.

Zu 1. Einstimmig

Zu 2. Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der FDP

TOP 7	Abwasserabgabe (AbwAG) und Wasserentnahmegebühr (BremWEGG) - Bericht über die geplante Sondermittelverwendung 2015 - -3-1-	Vorlage 19/8
-------	--	-----------------

Herr Musiol erläutert die Vorlage.

Frau Dr. Schaefer stellt fest, dass es grundsätzlich positiv sei, wenn Kohlekraftwerke vom Netz gingen. Hier habe es aber den Effekt, dass dadurch die Gebühreneinnahmen rückläufig seien. Aus diesen Gebühren würden aber viele sehr wichtige Projekte finanziert. Sie regt an, der Deputation eine Art Benchmarking vorzulegen, wie andere Kommunen und Länder damit umgingen, wie hoch dort die Entnahmegebühren seien und welche Bemessungsgrundlage verwendet werde. Man müsse sich ja fragen, ob man die Einnahmeseite verbessern könne. Andere Kommunen würden als Bemessungsgrundlage nicht nach m³, sondern stärker nach Schadstoffen abrechnen, was ein zusätzlicher Anreiz für produktionsintegrierte Maßnahmen sei.

Herr Imhoff möchte wissen, ob die Referate 33 und 34 des SUBV ausschließlich aus der Abwasserabgabe bezahlt würden.

Frau Bernhard bittet um Erklärung, weshalb die Resteverpflichtungen bedeutend höher ausgefallen seien, als prognostiziert. Sie stellt fest, dass die Mittel insgesamt immer weniger werden.

Herr Musiol berichtet, dass eine ganze Reihe der anderen Länder ähnliche Wasserentnahmegesetze habe, aber doch sehr unterschiedliche Strukturen. Bremen orientiere sich an Niedersachsen und überlege eine Novellierung, die weiter in die niedersächsische Richtung gehe. Aber selbst wenn die Einnahmen in begrenztem Maße erhöht werden könnten, habe man ein Liquiditätsproblem. Eine zusätzliche Einnahme nütze nur dann, wenn man die Liquidität auch nutzen könne. Dies war aber bisher schon problematisch. Dies sei ein Thema des Gesamtsenats.

Der überwiegende Teil des Gewässergüterreferats und Teile des Referats 34 werde aus diesen Sondermitteln bezahlt. So werde bereits seit Jahrzehnten verfahren, seit es die Abwasserabgabengesetze gebe. Die anderen MitarbeiterInnen würden entweder aus dem regulären Haushalt bezahlt, ein kleiner Teil, der für die kommunale Abwasserentsorgung tätig ist, auch aus Benutzungsgebühren.

Zu den Resteverpflichtungen erklärt er, dass z.B. die Ertüchtigung des Entdeckerzentrums botanika im Jahr 2014 finanziert werden sollte, was sich aus verschiedenen Gründen verzögert habe. Bei einer Vielzahl von kleineren Projekten konnten Maßnahmen nicht ganz so, wie ursprünglich geplant realisiert werden. Die sei im praktischen Betrieb der Regelfall.

Frau Kamp ergänzt, dass dies für das Projekt IWES ebenso gelte. Bauabläufe könnten nicht kalenderscharf geplant werden und die Abflüsse von Mittel würden oft erst erfolgen, wenn die

Bauten fertig gestellt seien. Deswegen seien für das IWES Zahlungen auch in den Folgejahren noch erforderlich. Diese Zeiträume seien vorher nicht zu überblicken.

Herr Crueger weist darauf hin, dass die Mittel insgesamt immer weniger würden. Es sei eigentlich ideal, wenn Gebühren sich selbst überflüssig machten, dies stelle hier aber ein Problem für all die Aufgaben dar, die bislang mit diesen Mitteln finanziert wurden. Hier müsse der Haushaltsgesetzgeber in den nächsten Jahren strukturell umplanen.

Herr Imhoff betont, dass geplante neue Einnahmen zu Lasten der Unternehmen gingen. Allem, was das Wirtschaftswachstum weiterhin so vehement bremse, wie in Bremen, wo man schon unterhalb des Wirtschaftswachstums auf Bundesebene liege, dem werde seine Fraktion nicht zustimmen. Ebenso werde er dieser Vorlage nicht zustimmen, weil man an die Rücklagen herangehe. Das sei vor allem dann nicht richtig, wenn man kein Konzept für die Zukunft habe.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt die vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr geplante Verwendung der Abwasserabgabe und der Wasserentnahmegebühr für das Jahr 2015 (Anlage 1) zur Kenntnis und stimmt dem dem Ausgabenplan 2015 einschließlich der geplanten Rücklagenentnahme bei der Abwasserabgabe und bei der Wasserentnahmegebühr zu. Sie nimmt die geplante Inanspruchnahme der Abgabeaufkommen für Vorjahres-Verpflichtungen für beide Bereiche zur Kenntnis.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt vorgelegten Ausblick auf die Mittelfristplanung 2016 und 17 zur Kenntnis.

*Zustimmung bei Enthaltung der Fraktionen der CDU
und der FDP*

TOP 8	Kofinanzierung von Naturschutzmaßnahmen im Rahmen des Programms zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen (PFEIL) in den Jahren 2015 – 2021 - 31 -	Vorlage 19/42
--------------	--	------------------

Herr Schomaker hinterfragt den Sinn der beigefügten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, wenn dort gar nichts eingetragen werde. Es falle äußerst schwer, einer Vorlage zu folgen und ihr zuzustimmen, wenn man nicht wisse, was daraus folge.

Herr Musiol räumt ein, dass es schwerfalle, die Wirtschaftlichkeit eines solchen Programms darzustellen. Man versuche mit dem Einsatz dieser Mittel, die Vorgaben der EU für den Naturschutz umzusetzen. Das erfolge in Bremen aus guten Gründen eben gerade nicht hoheitlich, sondern durch freiwillige Maßnahmen, durch Fördermaßnahmen auf den landwirtschaftlichen Flächen. Es würden nicht nur rein bremische Mittel, sondern auch EU-Mittel eingesetzt. Es gehe um Naturschutz und Landwirtschaft auf Wiesenwegen auf dem Förderwege, mit Gebietsmanagement, mit den bewährten Instrumenten. Die Richtlinien erhielten nur eine äußerlich neue Form. Die Praxis der letzten Jahre, wie sie auch in der Deputation beschlossen sei, solle fortgeführt werden. Andernfalls müssten die Ziele, die die EU vorgebe, hoheitlich durchgesetzt werden. Das sei aus seiner Sicht weder darstellbar noch vernünftig.

Herr Imhoff fragt nach der Bremischen Beteiligung am Programm NieBAUM und wieviel Einfluss Bremen dort habe. Er möchte wissen, ob es möglich wäre, über eine ELER-Förderung, eine Weidehalteprämie in Bremen einzuführen.

Herr Theilen erklärt, dass die Abstimmungen zu den Agrarumweltmaßnahmen in Bremen und in Niedersachsen sehr intensiv auf mehreren Ebenen laufen. In einigen Teilbereichen konnten Verbesserungen für Bremen erreicht werden. Insgesamt halte man sich als kleinerer Partner an

die Grundmethodik in Niedersachsen, die in der Grundstruktur für Bremen auch gut sei und eine sehr differenzierte Ausgestaltung ermöglichen. Eine Weidehalteprämie sei über diese Richtlinien nicht förderfähig. Theoretisch wäre sie über NieBAUM förderfähig. Es müsste dann allerdings ein entsprechender Änderungsantrag gestellt werden. Niedersachsen plane eine Weidehalteprämie. Auf Nachfrage von **Herrn Imhoff** erklärt er, dass andere Projekte förderfähig sein könnten. Die Voraussetzungen würden in den Förderrichtlinien definiert. Allerdings sei der Finanzrahmen weitestgehend ausgeschöpft.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der von SUBV beabsichtigten Inanspruchnahme des von der EU genehmigten Programms PFEIL sowie deren Finanzierung nach Maßgabe dieser Vorlage zu.

einstimmig

TOP 9	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von Zuständigkeiten in der Stadtgemeinde Bremerhaven Entwürfe der Verordnungen über die örtliche Zuständigkeit des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr als untere Bodenschutz- und Altlastenbehörde und als Wasserbehörde in der Stadtgemeinde Bremerhaven -34-	Vorlage 19/45	L/S
--------------	--	------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt dem vorgelegten Gesetzentwurf zu und nimmt die vorgelegten Verordnungsentwürfe zur Kenntnis.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, den Gesetzentwurf über den Senat an die Bremische Bürgerschaft zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

einstimmig

TOP 10	Berichte der Verwaltung		
TOP 10a)	Umsetzung § 13 BremKEG Städtebauliche Konzepte in Bremen und Bremerhaven -21 - / -6 -	BdV schriftlich	

Frau Dr. Schierenbeck bedankt sich und freut sich, dass die Umsetzung dieses wichtigen Teils des BEKG jetzt beginnt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10b)	Das Bremer Luftüberwachungssystem – Jahresbericht 2014 -2-	BdV schriftlich	
-----------------	--	--------------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt von dem Jahresbericht

des Bremer Luftüberwachungssystems 2014 Kenntnis.

TOP 10c)	Immissionsmessprogramm zu Feinstaub und Staubbiederschlag in Bremerhaven 2014 / 2015 -2-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Bürger fasst den Inhalt des Berichts zusammen.

Frau Dr. Schaefer stellt fest, dass entgegen der Befürchtung in Bremerhaven nirgendwo Grenzwerte überschritten werden, auch nicht im Bereich der Deponie Grauer Wall. Die Emissionen lägen dort im unteren Bereich. Probleme verursache eher der Hafen, dort seien die Werte zum Teil höher, allerdings immer noch deutlich unterhalb der Grenzwerte. Daher sollte dort ein Schwerpunkt gesetzt werden, um die Emissionen der Schiffe zu senken. Dies sei im Hafenausschuss in der Vergangenheit bereits diskutiert worden. Angesichts der Ergebnisse des Messprogramms sei eine Fortsetzung nicht vertretbar, zumal es andere Standorte gebe, die in der Deputation bereits für ein Sondermessprogramm empfohlen wurden, wie bspw. Hemelingen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10d)	Verbreitung der Schwarzmund-Grundel (Neogobius melanostomus) im Land Bremen -3-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Imhoff merkt an, dass sich Probleme mit Neozoen insgesamt häufen. Die Schwarzmundgrundel sei bereits in den Grabensystemen im Niedervieland und im Blockland gesichtet worden und nicht, wie im Bericht geschrieben, nur in der Lesum. Insofern bleibe abzuwarten, ob es zu einer Verbreitung komme.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10e)	Aufstellung des Generalplans Küstenschutz Teil III - Schutzdeiche -32-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Imhoff möchte wissen, ob sich die Kosten noch im Rahmen des Voranschlags zum Generalplan Küstenschutz bewegen.

Herr Koldehofe führt aus, dass unterschieden werden müsse zwischen den verschiedenen Kategorien von Deichen. Die Sturmflutdeiche seien im Rahmen des Generalplans Küstenschutz Teil I - Festland gemeinsam mit Niedersachsen untersucht worden. Dazu habe es dann erste Kostenschätzungen gegeben, die fortgeschrieben werden. Über diese Entwicklung werde jährlich im entsprechenden Controllingbericht berichtet. In dem hier vorgelegten Bericht gehe es jedoch um die Deiche hinter den Sperrwerken. Hierzu solle wieder gemeinsam mit Niedersachsen ein ähnlicher Plan aufgestellt werden. Auch dazu werde es eine erste grobe Kostenschätzung geben, die im Laufe der Detailplanung mit den Projektträgern, wie den Deichverbänden, fortgeschrieben werde. Die Kosten würden jedoch nur einen Bruchteil der Kosten des Generalplans Küstenschutz Teil I erreichen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10f)	Planänderungsverfahren für den Bauabschnitt 2/2 der BAB A 281 -5-	BdV schriftlich	L/S
----------	---	--------------------	-----

Herr Polzin erläutert den Inhalt des Berichts.

Herr Strohmann bedankt sich ausdrücklich bei der Verwaltung für dieses gute Verhandlungsergebnis.

Auf die Nachfrage von Frau Bernhard erklärt Herr Polzin, dass die Änderungen sich nicht negativ auf die Bauzeit auswirken würden. Auch die Verfahrensdauer werde sich nicht verlängern. Am 16.11.2015 sei um 19:00 im Bürgerhaus Obervieland zu einer Veranstaltung eingeladen. Dort würden die verkehrlichen Auswirkungen konkret vorgestellt werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

NACH-TRAG TOP 10g)	Baurechtliche Auslegung "Feuerwehrflächen" - 6 -	BdV schriftlich
-----------------------	---	--------------------

Herr Viering gibt den Inhalt des Berichtes wieder.

Herr Pohlmann regt an, die Frage der Einberechnung der Erschließungsflächen bei Hinterliegergrundstücken in einem Gespräch mit der Verwaltung, Deputierten und den Bauunternehmen zu vertiefen und über die Ergebnisse der Deputation zu berichten.

Herr Strohmann begrüßte diesen Vorschlag. Es müsse geprüft werden, inwieweit ggf. Bundesnormen verletzt würden. Wenn möglich, müsse dies im Sinne des Wohnungsbaus und natürlich rechtssicher geregelt werden. Als Stadtstaat habe Bremen nicht so viele Flächen und es komme daher auch auf diese Flächen an.

Herr Senator Dr. Lohse weist darauf hin, dass es nicht, wie in der Presse irreführend dargestellt, darum gehe, ob eine Vielzahl von Grundstücken überhaupt bebaut werde. Es gehe um den Grad der Bebauung, beispielsweise ob ein Haus auf 60 oder 80 m² Grundfläche errichtet werden dürfe.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 11	Verschiedenes	
--------	---------------	--

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Bericht zur Baumschutzverordnung hinsichtlich der Frage einer Härtefallregelung im Zusammenhang mit einer anhängigen Petition	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Dr. Schaefer am 3.11.2015	Geplant am 03.12.2015 oder 07.01.2015
--	--	--

Herr Pohlmann schließt die 3. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll